



ERSATZDIENST IN RUSSLAND PRESSE UND PRESSEFREIHEIT

■ Analyse		
Eine echte Alternative? Der rechtliche Rahmen des Zivildienstes in Russland.		
Rainer Wedde, Moskau		2
■ Dokumentation		
Hungrig zum zivilen Dienst?		5
Alternativdienst: Was gibt es für Möglichkeiten?		6
Stimmen zum Zivildienstgesetz		7
Wehrdienst oder Ersatzdienst? Umfrage		8
Attraktivität des Wehrdienstes. Umfrage		9
Was halten Sie vom „Alternativdienst“?		10
■ Hintergrund		
Entwicklung von Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in Deutschland		11
■ Dokumentation		
Weltweiter Pressefreiheitsindex der “Reporter ohne Grenzen”		12
■ Umfrage		
Zeitungen als Informationsquelle (FOM)		13
Zeitungslektüre in Russland und Moskau (Lewada-Zentrum)		16
■ Chronik		
Vom 25. Oktober bis zum 3. November 2005		17

Analyse

Eine echte Alternative? Der rechtliche Rahmen des Zivildienstes in Russland

Rainer Wedde, Moskau

Zusammenfassung

Obwohl die russische Verfassung von 1993 das Recht auf einen alternativen Zivildienst vorsieht, verabschiedete das russische Parlament erst im Sommer 2002 ein Zivildienstgesetz, das 2004 in Kraft trat. Für die genaue Organisation des Zivildienstes zeichnet der Präsident verantwortlich, der diese Aufgabe weitgehend dem Arbeitsministerium übertragen hat. In Anbetracht der früheren, unklaren Rechtslage ist das Gesetz ein großer Schritt nach vorn. Allerdings sind einige Regelungen zu kritisieren: So übersteigt die Dauer des Zivildienstes die des Wehrdienstes unverhältnismäßig stark. Das exterritoriale Prinzip erschwert es, ausreichend geeignete Stellen zur Verfügung zu stellen. Derzeit wird in der Staatsduma eine Gesetzesinitiative diskutiert, mit der die Ableistung des Zivildienstes auch in der Heimatregion ermöglicht werden soll.

Angst vor der russischen Armee?

An die Stelle der bedrohlichen Kulisse der bulligen Sowjetarmee ist in den Medien schon längst das Bild einer heruntergekommenen Soldateska getreten. In den russischen Streitkräften sind Gewalttätigkeiten, Ausbeutung der Wehrpflichtigen sowie eine schlechte Versorgungslage weit verbreitet. Berühmt sind die „dedowschtschina“ genannten Brutalitäten älterer Soldaten gegenüber frisch eingezogenen Rekruten. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums hat die russische Armee allein in den ersten acht Monaten des Jahres 2005 662 Soldaten durch Selbstmord, Unfälle oder Verbrechen verloren.

Anlässlich des Einberufungstermins am 1. Oktober 2005 versicherte Präsident Putin unlängst, Wehrpflichtige würden nicht in Krisenregionen eingesetzt. Zwar gibt es Pläne, die allgemeine Wehrpflicht auszusetzen und eine Berufsarmee einzuführen. Die Umsetzung macht jedoch wenig Fortschritte. So gelingt es nur mit Mühe, eine ausreichende Zahl Freiwilliger für die als Versuchsobjekt erkorene 76. Luftlandedivision in Pskow zu werben. Zudem gehen die demographischen Probleme auch an Russland nicht vorbei; die jüngst diskutierte Verschärfung der Einberufungspraxis hat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. In diesem Zusammenhang kommt dem alternativen Zivildienst eine wichtige Rolle zu.

Erstaunlich liberal – die Geschichte der Wehrdienstverweigerung

Das zaristische Russland reagierte auf Menschen, die aus religiöser Überzeugung keinen Dienst an der Waffe leisten wollten, unterschiedlich. Die Reaktion reichte von strafrechtlicher Verfolgung bis

zu Sonderausnahmen für Angehörige einzelner Religionsgruppen. Kurz nach der Revolution wurde mit dem Dekret „Über die Befreiung vom Wehrdienst aus religiösen Gründen“ eine bemerkenswert liberale Regelung erlassen. Sie erlaubte die Ableistung eines gesellschaftlich nützlichen Dienstes anstelle des Wehrdienstes. Auch das 1925 erlassene Gesetz der UdSSR „Über den Pflichtmilitärdienst“ kannte einen Ersatzdienst aus religiösen Gründen, wobei es dem Antragsteller zukam, seine Entscheidung zu begründen. Das in einer angespannten weltpolitischen Lage verabschiedete Gesetz der Sowjetunion „Über den allgemeinen Wehrdienst“ von 1939 sah keine Möglichkeit vor, den Wehrdienst zu verweigern; in den folgenden Kriegsjahren sowie wie während des Kalten Krieges gab es in der UdSSR kein Recht zur Verweigerung des Wehrdienstes.

Neuanfang – die Verfassung von 1993

Nach Auflösung der Sowjetunion trat die Russische Föderation in sämtliche internationale Verpflichtungen, wie z.B. aus dem UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte ein. Sie wurde Mitglied einer Reihe internationaler Organisationen und übernahm weltweit anerkannte Standards beim Grundrechtsschutz. 1991 folgten eine eigene Erklärung der Menschenrechte sowie der Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Im ausführlichen Grundrechtekatalog der neuen russischen Verfassung von 1993 findet sich in Artikel 59 Punkt 3 das Recht, anstelle des Wehrdienstes einen alternativen Zivildienst zu absolvieren, wenn der Dienst an der Waffe den Überzeugungen oder der Religion widerspricht. Für Einzelheiten wird auf ein Gesetz verwiesen.

Nach Inkrafttreten der Verfassung beriefen sich junge Russen auf dieses Recht. Ohne ausführende Gesetze gab es in der Praxis allerdings keine Möglichkeit, einen alternativen Dienst abzuleisten. Eine unmittelbare Berufung auf das in der Verfassung garantierte Grundrecht wurde von den Behörden nicht angenommen; es kam zu zahlreichen Rechtsstreitigkeiten. Die Wehrdienstverweigerer sahen sich Repressalien bis hin zu strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt, da Art. 80 des damals geltenden russischen Strafgesetzbuches die Verweigerung des Wehrdienstes unter Strafe stellte. Allerdings bestätigte das Verfassungsgericht 1996, dass das Grundrecht auf Verweigerung des Wehrdienstes unmittelbare Geltung besitzt. Damit stehe die Verfassung einer strafrechtlichen Verurteilung entgegen; eine Aufhebung des Art. 80 erübrige sich. Das neue Strafgesetzbuch von 1996 kennt in Art. 328 nur noch eine Strafbarkeit der Verweigerung sowohl des Militär- als auch des Zivildienstes.

Was lange währt – das Gesetzgebungsverfahren

Mit der Erfüllung des Verfassungsauftrages ließ sich der Gesetzgeber beinahe ein Jahrzehnt Zeit. Mehrere Gesetzesinitiativen scheiterten am Widerstand von Interessengruppen. Einerseits fürchtete die Militärführung bei zu liberalen Regelungen um ihren Nachwuchs. Andererseits bemühten sich Menschenrechtsgruppen, eine zu hohe und damit abschreckende Hürde für den Zivildienst zu verhindern. In diesem Vakuum wurden Versuche unternommen, einen Zivildienst auf regionaler Ebene einzuführen, so etwa in Perm und Nischnij Nowgorod. Lokale Normen sahen eine Ableistung des Zivildienstes in Krankenhäusern, Altenheimen und anderen kommunalen Einrichtungen vor. Gerichte erklärten diese Normen jedoch für unwirksam, da den Städten die entsprechende Gesetzgebungskompetenz fehle.

Erst im Sommer 2002 wurde eine Kompromissvariante verabschiedet. Das föderale Gesetz „Über den Zivildienst“ sah eine lange Übergangsphase vor und ist erst zum 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Das Gesetz enthält in 26 Artikeln die rechtlichen Grundlagen für die Anerkennung als Zivildienstleistender und die Ableistung des Dienstes, verweist allerdings für viele Fragen auf untergesetzliche Normen, die trotz der langen Übergangszeit nicht rechtzeitig vor Inkrafttreten erlassen wurden.

Anerkennung als Zivildienstleistender

Die Anerkennung des Rechts zur Wehrdienstverweigerung ist eine wichtige Meßlatte für die

Umsetzung der Verfassungsgarantie. Ausgangspunkt ist die allgemeine Wehrpflicht auf der Grundlage des russischen Wehrdienstgesetzes. Danach haben alle jungen Russen zwischen 18 und 27 Jahren Wehrdienst zu absolvieren. Ein Recht zur Ableistung eines Zivildienstes haben drei Gruppen junger Männer:

- Personen, denen ihre Religion den Dienst mit der Waffe verbietet. Dabei handelt sich um ein individuelles Recht; die Verweigerung aus religiösen Gründen ist nicht an die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft gebunden.
- Personen, die aus innerer Überzeugung keinen Wehrdienst leisten wollen.
- Angehörige der so genannten eingeborenen zahlenmäßig kleinen Völker. (Dies sind Völker, zumeist im asiatischen Teil Russlands, die einen besonderen rechtlichen Status genießen). Sie leisten den Zivildienst in traditionellen Berufen in ihrer Heimat ab und sollen einen Beitrag zur Erhaltung der kulturellen Sitten und Traditionen ihrer Völker erbringen.

Zur Anerkennung des Rechts auf Zivildienst muss der Verweigerer einen Antrag bei der örtlich zuständigen Militärkommandantur einreichen. Der Antrag ist unabhängig von der Musterung spätestens ein halbes Jahr vor dem anstehenden halbjährlichen Einberufungstermin einzureichen. Dem Antrag ist ein Lebenslauf beizufügen, außerdem hat der Antragsteller seinen Verweigerungswunsch zu begründen.

Die Einberufungskommission prüft die Beweggründe im Beisein des Antragstellers und entscheidet sodann über die Anerkennung als Zivildienstleistender. Das Gesetz legt allerdings keinerlei Prüfungsmaßstab fest, sondern bestimmt nur, dass die Entscheidung aufgrund des Vortrags des Antragstellers, der eingereichten Unterlagen und weiterer Materialien erfolgen muss. In der Praxis zeigt sich, dass eine Anerkennung bei religiösen Gründen relativ unproblematisch zuerkannt wird, während innere Überzeugungen (eine pazifistische Lebenseinstellung) als Begründung von den Kommissionen nur selten akzeptiert werden. Die Musterung erfolgt nach der Entscheidung über die Anerkennung als Zivildienstleistender. Es ist also nicht auszuschließen, dass die musternenden Militärärzte dies zum Anlass nehmen werden, Wehrdienstverweigerer großzügiger für diensttauglich zu erklären als Wehrpflichtige.

Einberufung und Zurückstellungsgründe

Aus medizinischen Gründen untaugliche Bürger sind vom Wehrdienst befreit. Strafgefangene und wegen eines Verbrechens Vorbestrafte werden nicht einberufen. Weitere Personen können vom

Wehrdienst befreit werden; dazu zählen derzeit Personen mit einem akademischen Grad und solche, deren nahe Familienangehörigen im Dienst Russlands gefallen sind. Nach dem Wehrdienstgesetz werden bestimmte Gruppen von Gemusterten von der Einberufung zurückgestellt. Grund hierfür können eine vorübergehende medizinische Untauglichkeit, familiäre Umstände oder ein wichtiger Dienst in staatlichen Einrichtungen sein. Im Gesetz über die Gewissensfreiheit findet sich zudem eine Ermächtigung, Geistliche ebenfalls vom Wehrdienst zurückzustellen. Davon ist durch einen Ukas des Präsidenten Gebrauch gemacht worden. Unter bestimmten Umständen können auch eingeschriebene Studenten zurückgestellt werden. Diese Personen müssen auch keinen Zivildienst leisten.

In der Praxis werden derzeit nicht alle Männer eines Jahrgangs einberufen. Die schwierige soziale Lage und eine mangelhafte Gesundheitsfürsorge haben dazu geführt, dass viele junge Russen nicht mehr diensttauglich sind. Die Korruption ermöglicht es außerdem manchem Gemusterten, sich vom Dienst „freizukaufen“. Auch durch Aufnahme eines Studiums kann man dem Wehrdienst zunächst entgehen. An einigen Universitäten gibt es darüber hinaus Militärlehrstühle, an denen eine studienbegleitende Ausbildung zum Reserveoffizier stattfindet, die eine Einberufung ausschließt. Deren Zahl soll aber zukünftig deutlich reduziert werden. Ebenfalls nicht eingezogen werden junge Männer, die sich bei Polizei oder Feuerwehr verpflichtet haben.

Es bleiben allerdings einige offene Fragen. Rechtlich ungeklärt ist, ob auch bereits eingezogene Wehrpflichtige den Wehrdienst verweigern können. Ebenso ist fraglich, ob das Recht auf Wehrdienstverweigerung auch im Falle der Mobilmachung oder Ausrufung des Kriegszustandes gilt. Das Grundrecht in der Verfassung gilt uneingeschränkt, während das Zivildienstgesetz nur auf andere Normen verweist. Das Verfassungsgesetz über den Kriegszustand hingegen ordnet an, dass der Präsident über die Ableistung des Wehrdienstes entscheidet; das Gesetz über die Mobilmachung sieht eine Möglichkeit zum Zivildienst nicht vor. Es ist also nicht auszuschließen, dass es in solchen Konstellationen zu einem Konflikt zwischen den Spezialnormen und dem verfassungsmäßig verbürgten Recht auf Zivildienst kommt.

In der Ferne – Ableistung des Zivildienstes

Das Gesetz sieht strenge Bedingungen für die Ableistung des Zivildienstes vor. Hauptkritikpunkt ist das so genannte exterritoriale Prinzip.

Danach darf der Wehrdienstverweigerer seinen Zivildienst nicht in dem Subjekt (entspricht in etwa einem deutschen Bundesland) der Russischen Föderation absolvieren, in dem er wohnt/ gemeldet ist. Zivildienstleistende dürfen den Dienort nicht ohne Genehmigung verlassen. In Anbetracht der geographischen Größe Russlands mag diese Regelung hart erscheinen. Allerdings gibt es auch für Wehrpflichtige keinerlei Recht auf einen heimatnahen Einsatz. Zumeist befinden sich die Garnisonen in entlegenen Gebieten oder im Ausland. Die Dienstleistung fern der Heimat macht es notwendig, den Zivildienstleistenden eine Unterbringung vor Ort zu garantieren. In der Praxis scheitert der Einsatz in heimatfernen Regionen nicht selten an fehlenden Unterkunftsmöglichkeiten.

Für die genaue Organisation des Zivildienstes zeichnet der Präsident verantwortlich, der diese Aufgabe weitgehend dem Arbeitsministerium übertragen hat. Dieses erarbeitet einen Plan für die Ableistung des Zivildienstes und erstellt eine Liste möglicher Tätigkeiten im Zivildienst. Das sind in erster Linie Hilfstätigkeiten in staatlichen und regionalen Einrichtungen, wie etwa Krankenhäusern und Sanatorien, aber auch in der Forstwirtschaft oder bei staatlichen Unternehmen. In der Praxis werden den Zivildienstleistenden oft physisch harte und psychisch schwierige Aufgaben etwa in der Psychiatrie übertragen. Zulässig ist auch, den Zivildienst als ziviler Mitarbeiter der Truppe abzuleisten. Aufgrund der dort vorhandenen Unterkünfte ist dies derzeit eine häufig gewählte Variante. Allerdings genießen die Zivildienstleistenden unter den Soldaten keinen guten Ruf und sehen sich Diskriminierungen ausgesetzt.

Die Dauer des Wehrdienstes beträgt zwei Jahre, für Absolventen einer Hochschule ist er auf ein Jahr verkürzt. Aus rein politischen Erwägungen ist festgelegt worden, dass die Dauer des Zivildienstes die Zeit des Wehrdienstes um das 1,75fache überschreitet. Der Zivildienst dauert somit 42 Monate. Wer den Zivildienst im zivilen Bereich der Streitkräfte absolviert, muss nur das 1,5fache des Wehrdienstes (also 36 Monate) dienen. Für Absolventen von Hochschulen gelten verkürzte Zeiten von 21 bzw. 18 Monaten. Ab 2008 soll der Wehrdienst auf ein Jahr verkürzt werden, was zu einer Zivildienstzeit von 21 Monaten führen würde. Eine vorzeitige Entlassung ist aus denselben Gründen wie im Wehrdienst möglich.

Der Rechtsstatus des Zivildienstleistenden richtet sich neben dem Zivildienstgesetz insbesondere nach dem Arbeitsgesetzbuch. Damit gelten

mit geringen Abweichungen die allgemeinen arbeitsrechtlichen Vorschriften. Bei Dienstantritt wird mit dem Zivildienstleistenden ein befristeter Arbeitsvertrag geschlossen. Seine wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden und er hat Anspruch auf 28 Kalendertage Urlaub. Die Bezahlung richtet sich nach den allgemeinen arbeitsrechtlichen Vorschriften für die Mitarbeiter der Organisation, in der er tätig ist. In der Praxis bedeutet dies oft eine sehr niedrige Entlohnung. Es besteht die Möglichkeit der Ausbildung oder auch eines Abendstudiums. Dabei mag eine durch den Zivildienst vermittelte Berufserfahrung für Personen ohne Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt durchaus einen Vorteil darstellen. Dem Zivildienstleistenden werden verschiedene Garantien gewährt, so etwa auf Rückkehr an seinen früheren Arbeitsplatz bzw. Studienplatz oder auf Erhalt seiner Wohnung.

Sinkende Zahlen – Ausblick

In Anbetracht der früheren, unklaren Rechtslage ist das Gesetz ein großer Schritt nach vorn. Al-

Über den Autor

Rainer Wedde ist Rechtsanwalt in Moskau.

Weiterführende Literatur:

- *Trjachow/ Wedde*, Das neue russische Zivildienstgesetz – eine Einführung, Europäische Grundrechte Zeitschrift (EuGRZ) 2004, 264
- Eine deutsche Übersetzung des Gesetzes (Übersetzer: *Trjachow/ Wedde*) findet sich in EuGRZ 2004, 355

lerdings sind einige Regelungen zu kritisieren: So übersteigt die Dauer des Zivildienstes die des Wehrdienstes unverhältnismäßig stark. Das exterritoriale Prinzip erschwert es, ausreichend geeignete Stellen zur Verfügung zu stellen. Derzeit wird in der Staatsduma eine Gesetzesinitiative diskutiert, mit der die Ableistung des Zivildienstes auch in der Heimatregion ermöglicht werden soll.

Möglicherweise liegt es an diesen schwierigen Bedingungen, dass sich bisher nur sehr wenige junge Männer für den Zivildienst entscheiden. Die vom Militär erwarteten Zahlen von einigen Tausend Wehrdienstverweigerern pro Jahr wurden bislang nicht erreicht. Im Gegenteil, die Zahlen sind sogar rückläufig: Gab es im Herbst 2004 noch etwa 1.500 Anträge, waren es im Frühjahr 2005 noch 600 und im Herbst 2005 nur noch 200 Anträge. Von westlichen Verhältnissen ist Russland also noch weit entfernt.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Dokumentation

Hungrig zum zivilen Dienst?

Die Hauptprobleme bei der Organisation des Alternativdienstes werden im Bereich der Unterbringung und materiellen Versorgung der Alternativdienstleistenden liegen. Das äußerte der Beauftragte für den Alternativen Zivilen Dienst beim Ministerium für Gesundheit und Sozialwesen, Alexei Wouwtschenko, im Interview mit Philipp Sterkin, Reporter bei Strana.ru.

Alexei Witaliewitsch, wann wird es in Russland die ersten Alternativdienstleistenden geben?

Bereits diesen Herbst. Zum Teil geht es hier um diejenigen, die den Dienst an der Waffe verweigert haben und bei denen Gerichtsbeschlüsse über die Entsendung zum Alternativdienst vorliegen – insgesamt 206 Fälle. Jetzt ist es an den Einberufungskommissionen, festzulegen, wohin und in welche Einrichtungen sie zum Ableisten ihres Dienstes gesandt werden. Außerdem haben unseren Informationen zufolge bis zum 1. April weitere 1.000 junge Männer Anträge auf Zulassung zum Alternativdienst gestellt.

Wer trifft die endgültige Entscheidung über die Einrichtungen, die zur Ableistung des Dienstes vorgesehen sind?

Die Einberufungskommission. Für Kriegsdienstverweigerer stehen mehr als 20.000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Das Arbeitsministerium hat einen Plan vorgelegt, demzufolge es für jeden Antragsteller – Abhängig von seiner Vorbildung – zwei bis drei freie Stellen gibt. Aus diesen wählt die Einberufungskommission aus.

Wie viele Alternativdienstleistende werden ihren Dienst in Einrichtungen der Armee ableisten?

Das kann ich nicht genau beziffern, aber es sind nicht sehr viele. Auf der Liste der vorgesehenen Einrichtungen, die am 3. März vom Arbeitsministerium bestätigt wurde befinden sich 24 Einrichtungen des Verteidigungsministeriums – meist landwirtschaftliche. Falls der Beruf des Antragstellers dem Profil dieser Organisationen

entspricht, wird er dort eingesetzt. Vergessen Sie bitte nicht, dass die Alternativdienstleistenden nicht in Kasernen gemeinsam mit Soldaten untergebracht werden dürfen.

Was sind Ihrer Meinung nach die Hauptschwierigkeiten bei der Organisation des Alternativdienstes?

Ich denke, diese werden hauptsächlich im Zusammenhang mit dem im Gesetz vorgeschriebenen Exterritorialprinzip auftreten. Es entstehen Probleme bei der Anfahrt und Unterbringung der Alternativdienstleistenden, sowie bei der Frage, wie sie sich bei ihrem geringen Gehalt finanzieren sollen.

Übersetzung: Bastian Stenzel

Quelle: <http://www.strana.ru/stories/01/10/16/1785/217001.html>, 1.11.2005

Alternativdienst: Was gibt es für Möglichkeiten?

Zusammengestellt von Bastian Stenzel, Berlin

Die Dienststellen für den Alternativdienst in Russland werden dem Dienstleistenden von der Einberufungskommission zugeteilt – die folgenden Tabellen stellen die durch die Regierung vorgesehenen Dienststellen dar und vermitteln einen Eindruck von der Struktur des Dienstes, wie er in Russland realisiert werden soll.

Vorgesehene Berufe für Alternativdienstleistende

Bei der Vergabe der Dienststellen wird in Russland insbesondere auch die berufliche Vorbildung eines Antragstellers berücksichtigt. Ungelernte Hilfstätigkeiten, wie etwa in Deutschland, sind kaum vorgesehen. Im Gegenteil: Die mit knapp einem Drittel größte Gruppe machen die „qualifizierten Arbeiter“ aus, „einfache Berufe“ stellen nicht einmal 10% aller vorgesehenen Berufe dar.

Qualifikation	Absolut	in Prozent
Qualifizierte Arbeiter (kwalifikazionnye rabotniki s instrumentom)	90	31,8
Monteure von technischer Ausrüstung und Maschinen	52	18,4
Facharbeiter	34	12,0
Technische Angestellte	29	10,2
Einfache Berufe	25	8,8
Spezialisten	22	7,8
Handelsberufe	17	6,0
Qualifizierte land- und forstwirtschaftliche Kräfte	14	4,9
Gesamt	283	100,0

Behördliche Zuordnung der Dienststellen

Auf den ersten Blick verwunderlich erscheint der sehr geringe Anteil der Dienststellen, die dem Sozialministerium zugeordnet werden. Es gilt dabei allerdings zu beachten, dass auch „Regionale Exekutive“ etwa städtische Krankenhäuser einschließt. Mit insgesamt 11% nimmt der Bereich Verteidigung und Rüstung eine beachtliche Stellung ein.

Einrichtung mit Plätzen für Alternativdienstleistende	Absolut	in Prozent
Regionale Exekutive	454	62,9
Justizministerium	87	12,0
Föderaler Dienst für Sonderbauwesen	38	5,3
Ministerium für natürliche Ressourcen	36	5,0
Russische Agentur für Munition	29	4,0
Russische Agentur für konventionelle Rüstungsgüter	27	3,7
Ministerium der Verteidigung	24	3,3
Ministerium für Arbeit und Soziales	17	2,4
Föderaler Dienst für Hydrometeorologie	6	0,8
Russische Agentur für Schiffbau	4	0,6
Gesamt	722	100,0

Einteilung der Einrichtungen nach Branchenzugehörigkeit

Über die Hälfte der Einrichtungen für Alternativdienstleistende sind dem sozialen Bereich zugeordnet. Der Dienst in Einrichtungen des Militärs ist kürzer, als etwa bei städtischen Organisationen. Der Anteil dieser Einrichtungen lässt sich allerdings schwer abschätzen – neben den explizit aufgeführten „Militärischen Einrichtungen“ dürften auch einige Dienststellen aus anderen Bereichen in diese Kategorie fallen.

Branchen	Absolut	in Prozent
Medizinische Einrichtungen	174	24,1
Pflege psychisch Kranker	122	16,9
Altenpflege	89	12,3
Bewachung von Häftlingen	87	12,0
Maschinenbau	40	5,5
Baubranche	38	5,3
Umweltschutz	36	5,0
Internate	34	4,7
Bildung	24	3,3
Kultur	21	2,9
Militärische Einrichtungen	21	2,9
Landwirtschaft	17	2,4
Meteorologie	6	0,8
Unspezifizierte militärische Einrichtung	6	0,8
Transport und Verkehr	5	0,7
Rohstoffabbau	1	0,1
Militärische Industrie ohne Branchenspezifizierung	1	0,1
Gesamt	722	100,0

Es bleibt abzuwarten ob das Konzept, das insgesamt sehr hohe Anforderungen an den Dienstleistenden und seine Ausbildung stellt, sich in dieser Form behaupten kann oder ob es sich, wie von einigen Menschenrechtlern befürchtet, zu einem Hindernis bei der Etablierung eines echten zivilen Dienstes entwickelt.

Quelle aller Tabellen: Petrova, Larisa: *Alternatiwnaja Graschdanskaja Sluschba. Gdje i kjem moschno slusshit?*
<http://www.itartass.ur.ru/analit/review/?id=158> 16.08.2005

Stimmen zum Zivildienstgesetz

Obwohl das Gesetz über den alternativen Dienst in den russischen Gremien für hitzige Debatten sorgte, scheint es in der Öffentlichkeit und auch bei einem Großteil der Politiker weitgehend auf Desinteresse zu stoßen. Die einzige Partei, die sich in ihrem Programm explizit zum Alternativdienst äußert, ist die derzeit nicht im Parlament vertretene Jabloko-Gruppe. Daneben beschäftigen sich hauptsächlich Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen mit diesem Thema, meist in Form praktischer Ratgeber für Wehrpflichtige.

Die hier vorliegenden Stimmen zum Alternativdienst sind daher nicht Teil einer umfassenden Debatte, sondern sie spiegeln vielmehr einige der Meinungen wider, wie sie in Russland nicht allzu zahlreich anzutreffen sind – noch.

„[...] Der wichtigste Knebelparagraph im Gesetz über den Alternativdienst ist, dass Alternativdienstleistende auch in militärische Einrichtungen entsandt werden dürfen – wenn auch nur für drei Jahre statt der dreieinhalb in zivilen Einrichtungen. Die Entscheidung darüber, wo der Antragsteller seinen Dienst leisten wird – drei Jahre in militärischen Einrichtungen oder dreieinhalb in zivilen – hängt dabei aber einzig von der Entscheidung des Militärkommissariats ab. Es gab eine Rote Armee, und es gibt – wohl auch in der näheren Zukunft – eine Arbeiter- und Bauernarmee. Den Alternativdienstleistenden vor der Entsendung in die militärischen Einrichtungen zu bewahren, wird wohl viel Geld kosten, das Arbeiter und Bauern nicht aufbringen können. [...]“

aus: <http://www.prizivnik.ru/ags.html> 2.11.2005, Website für Wehrpflichtige

„[...] In den letzten Jahren [vor Inkrafttreten des Gesetzes, d. Übers.] haben ... einige dutzend junger Männer bereits an Experimenten zum Alternativdienst teilgenommen (das größte Echo gab es in Perm und Nischnij Nowgorod). Sie haben ihre Arbeit ohne besondere Hoffnung angetreten, ihren „experimentellen“ Dienst in Krankenhäusern und Kinderheimen im Nachhinein vom Staat anerkannt zu bekommen. Das zeigt, dass es in Russland wohl doch Menschen gibt, die lieber in gemeinnützigen Einrichtungen arbeiten, als zu schießen. Aber genau hier liegt das Problem: Das russische Gesetz garantiert den Dienstleistenden eben nicht, dass sie in einer gemeinnützigen Einrichtung arbeiten werden, und nicht etwa in einer militärischen Fabrik. Die Chancen aber, dass die jetzige „patriotische“ Staatsduma das Gesetz ändert sind praktisch gleich Null.“

Aus: *Jabloko-News* 8.04.2004, „*Somnitelnaja Alternativa*“, <http://www.yaroslavl.yabloko.ru/news/index.phtml?id=56> 10.9.2005

„Man kann nicht sagen, dass der Weg [des Alternativdienstes] besonders einfach wäre. Es ist aber der einzig legale Weg für diejenigen, die nicht zurückgestellt oder vom Dienst befreit werden [...] aber der Meinung sind, dass sie in der heutigen russischen Armee nichts verloren haben. Außerdem erreicht der junge Mann mit dem Weg von Recht und Gesetz nicht nur die Durchsetzung seiner Rechte für sich persönlich – er leistet auch einen kaum zu überschätzenden Beitrag für die Entwicklung eines demokratischen Rechtsstaates in unserem Land.“

Aus: „*Prawoje djelo*“ 2.6.2003, *Zeitschrift des Regionalverbandes Altai der Union der Rechten Kräfte (SPS)*

<http://www.sps.alt.ru/newspaper/216.php> 2.11.2005

Zusammengestellt von Bastian Stenzel, Berlin

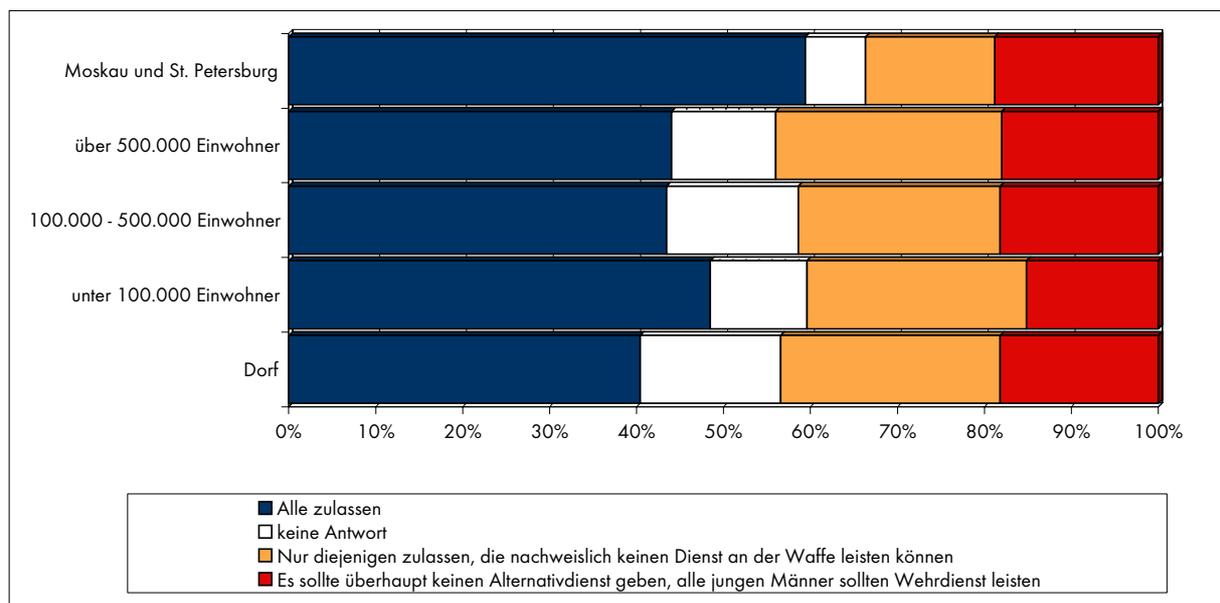
Wehrdienst oder Ersatzdienst?

Quelle: *Umfragen des VCIOM, Juli 2005* <http://wciom.ru/?pt=45&article=1585>

Das Meinungsforschungsinstitut VCIOM gilt als staatsnah. Im vorliegenden Fall weist die Art der Fragestellung darauf hin, dass das Institut ein bestimmtes Ergebnis anstrebt, dass die Zahl der Befürworter eines Ersatzdienstes dennoch vergleichsweise hoch ist, signalisiert, wie sehr große Teile der Befragten den Wehrdienst ablehnen. Anm. d. Red.

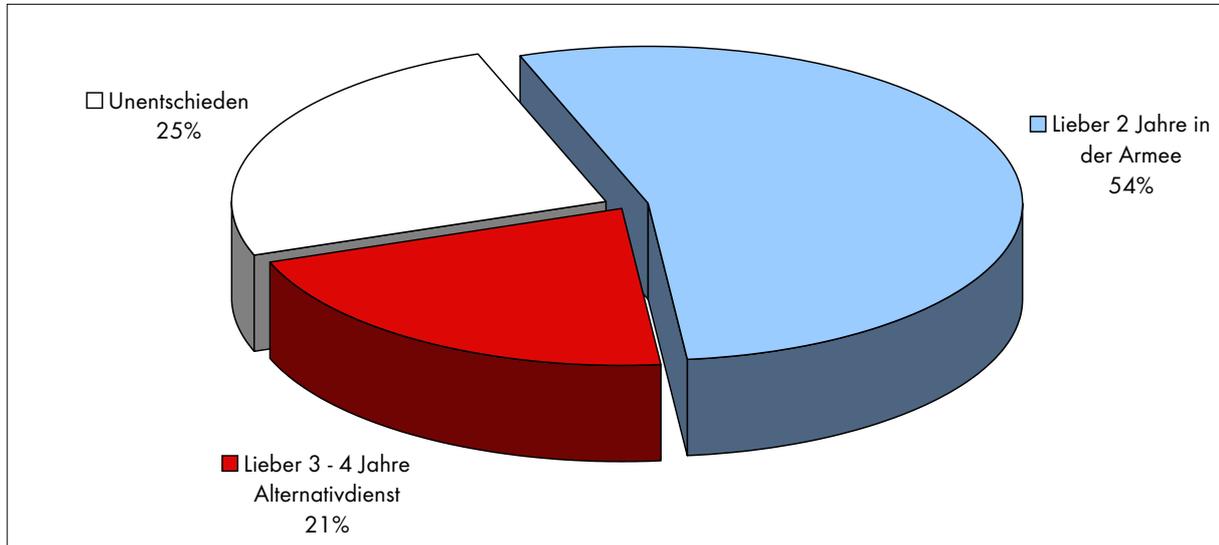
Wen sollte man zum Ersatzdienst zulassen?

Frage: Was denken Sie: Sollten nur diejenigen zum Alternativdienst zugelassen werden, die aus ethischen oder religiösen Gründen nachweislich keinen Dienst an der Waffe leisten können - oder alle, die den Alternativdienst statt des Armeedienstes ableisten wollen?



Lieber 2 Jahre Wehrdienst als 3–4 Jahre Alternativdienst?

Frage: Hätten Sie lieber, dass Ihre Kinder 2 Jahre Wehrdienst leisten – oder 3–4 Jahre einen schweren, schlecht angesehenen und schlecht bezahlten Alternativdienst?



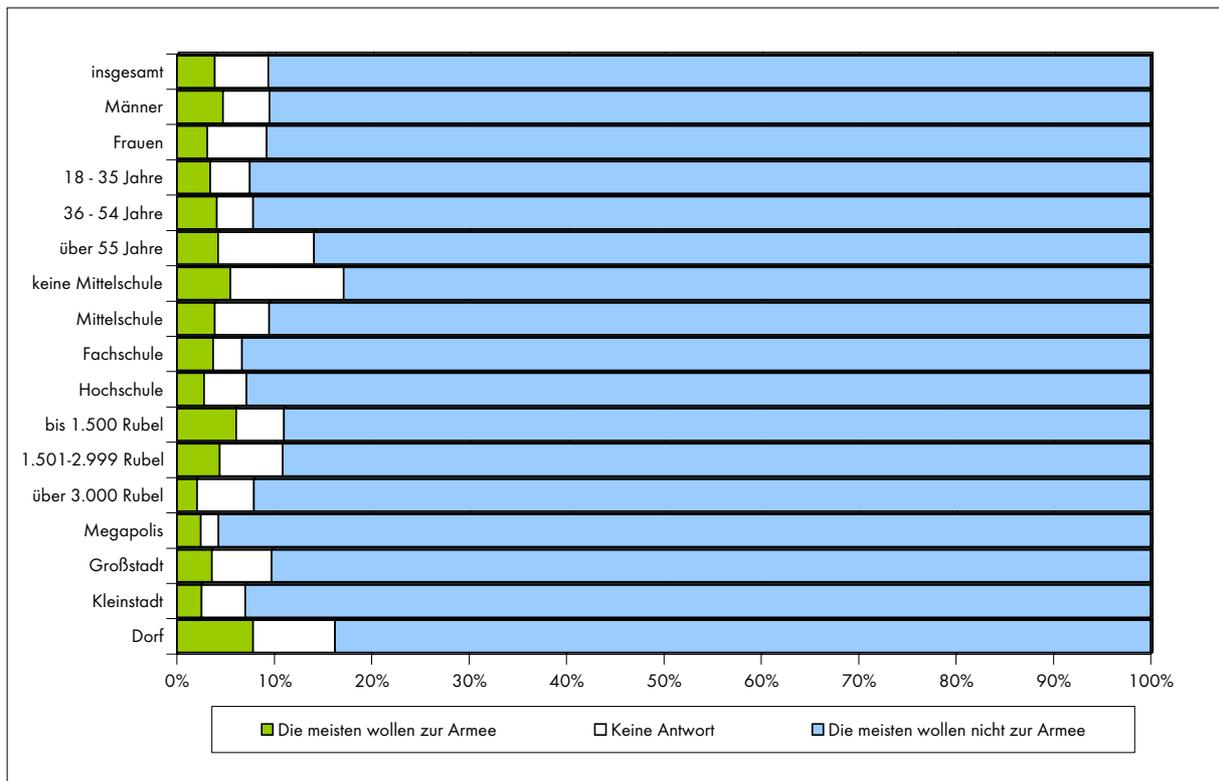
Attraktivität des Wehrdienstes

Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 16.–17.7.2005

<http://bd.fom.ru/zip/tb0529.zip>

Wollen die jungen Männer heute zur Armee?

Frage: Was denken Sie: Wollen die meisten jungen Männer heute zur Armee oder nicht?



Was halten Sie vom „Alternativdienst“?

Einhergehend mit dem geringen allgemeinen Interesse am Alternativdienst in Russland sind zu diesem Thema kaum weitergehende Daten verfügbar oder zugänglich – sei es über die genaue Zahl der Antragsteller, über deren Motive oder den Informationsstand bezüglich des Alternativdienstes.

Die vorliegenden Daten und Interviews stammen aus einer 2001 im Rahmen eines Forschungsprojektes durchgeführten Umfrage unter 106 männlichen Absolventen von Mittelschulen.

Dabei stellte sich heraus, dass der Begriff „Alternativdienst“ (Alternatiwnaja graschdanskaja sluschba) bei den meisten jungen Russen schlichtweg nicht bekannt ist. Auf die offene Frage „Was ist der Alternativdienst?“ gaben es meist Antworten wie „so etwas gibt es bei uns nicht“ oder „das gibt es in Amerika“. Einige hielten den Alternativdienst auch für eine Art milderer Armeedienst, nur eine Minderheit nannte die Möglichkeit eines Dienstes außerhalb der Armee.

80% der Befragten sind generell der Meinung, dass der Wehrdienst freiwillig sein sollte – nur ein Viertel möchte überhaupt zur Armee gehen.

Bei denjenigen, die den Armeedienst umgehen wollen, spielen der Alternativdienst sowie die Verweigerung aus Gewissensgründen eine untergeordnete Rolle. Der Zivildienst konkurriert generell mit „pragmatischeren“ Methoden zur Vermeidung des Armeedienstes, so etwa Zurückstellung aus medizinischen Gründen – ein Fünftel der Befragten hatte zum Zeitpunkt der Befragung bereits derartige Schritte unternommen.

Wie die veröffentlichten Auszüge aus Interviews zeigen, gibt es durchaus unterschiedliche Motive für das Verweigern oder Umgehen des Wehrdienstes – der Alternativdienst in seiner jetzigen Form allerdings scheint für die jungen Russen keine ernsthafte Alternative darzustellen.

Konstantin, 23, Jekaterinburg

„Ich verliere viel Zeit dort [in der Armee, d. Übers.] ... ich werde so wie alle, die in der Armee waren. Das mag ich nicht. [...] Wer geht denn zur Armee? Nur Dumpfbacken. Vom Land – ich habe auf dem Dorf gearbeitet, als ich 18 war, und dort wurde gerade einer einberufen... für seine 18 Jahre ein ganz schön kräftiger Kerl. In dem Moment habe ich mir gedacht: Wie soll das gehen, wenn ich, schmal und schwächlich wie ich bin – zu diesen Dumpfbacken vom Dorf komme! Ich kann ihnen nichts erklären – nicht nur den Älteren nicht, sondern auch denen nicht, mit denen ich zusammen sein werde. Ich kann einfach nichts mit ihnen anfangen! [...] Natürlich wähle ich die Alternative, aber nicht in einer Arbeitsbrigade oder bei den Eisenbahnruppen.“

Alexander, 21, Jekaterinburg

„Ich möchte Karriere machen, mich auf der sozialen Leiter nach oben arbeiten [...] Wenn ich Pazifist werden muss, um der Armee zu entkommen, dann tue ich das mit Vergnügen... Ich denke, dass Töten richtig ist – Soldaten sollten ihrer Aufgabe nachkommen. Pazifisten sollten kämpfen, für den Frieden eintreten. Sogar mit einer Waffe in der Hand, alle Militärs töten. Ich habe nichts gegen Pazifismus. [...] Früher, als es [den Alternativdienst] noch nicht gab, konnte man jahrelang Gerichtsprozesse führen, bis man glücklich sein 27. Lebensjahr erreicht hatte. Den Armeedienst zu umgehen ist schwieriger geworden – das ist natürlich schlecht.“

Iwan, 22, Jekaterinburg

„Das Töten von Menschen ist für mich amoralisch. Im Moment möchte ich damit nichts zu tun haben. Ich möchte keine Waffe in den Händen halten. ... In einer anderen Armee, zu einer anderen Zeit vielleicht. Aber gewiss nicht jetzt, bei den in Russland herrschenden Umständen und in unserer russischen Armee [...] [Das Gesetz über den Alternativdienst] ist absolut unprofessionell und unausgereift... das Grundprinzip bei der Ausarbeitung war wohl, den Dienst für den Alternativdienstleistenden keinesfalls zum Zuckerschlecken werden zu lassen... Das ist ein drakonisches Gesetz, ich glaube nicht, dass irgendjemand diesen Dienst ableisten wird.“

Wie die veröffentlichten Auszüge aus Interviews zeigen, gibt es durchaus unterschiedliche Motive für das Verweigern oder Umgehen des Wehrdienstes – der Alternativdienst in seiner jetzigen Form allerdings scheint für die jungen Russen keine ernsthafte Alternative darzustellen.

Zusammengestellt von Bastian Stenzel, Berlin

Quelle: <http://www.itartass.ur.ru/analit/review/?id=158>

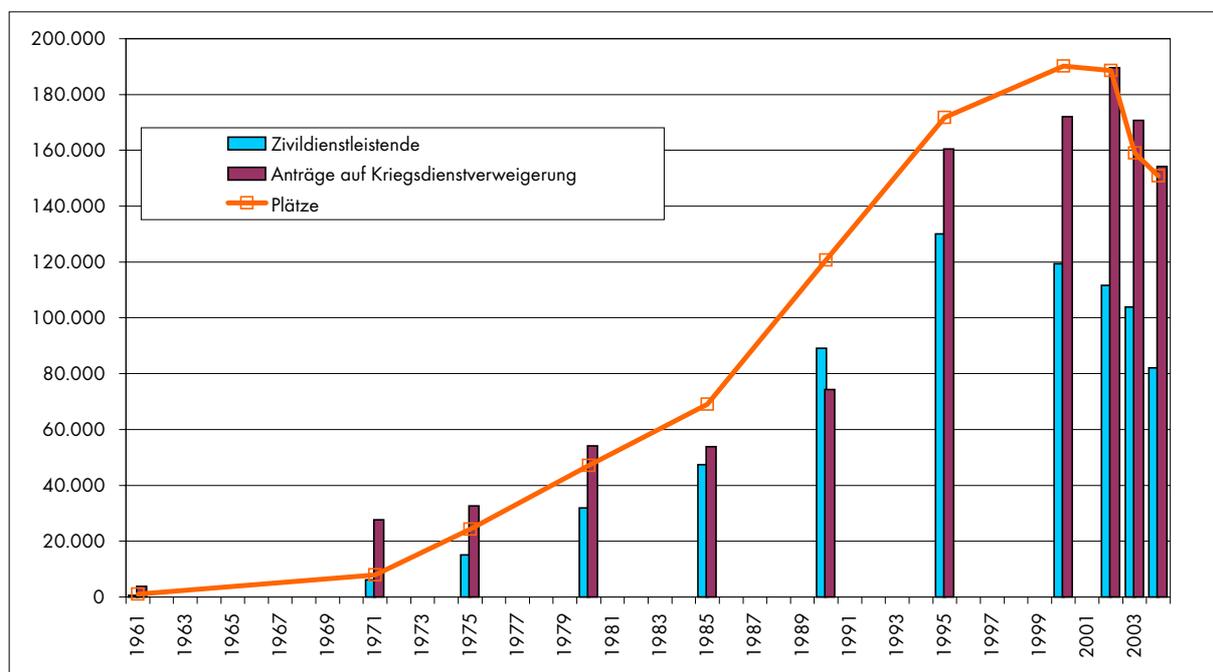
Hintergrund

Entwicklung von Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in Deutschland

Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung wurde in Deutschland zunächst zögernd angenommen. Erst gegen Ende der siebziger Jahre nahm die Zahl der Verweigerer sprunghaft zu.

Quelle: http://www.zivildienst.de/cln_030/lang_de/nn_151468/Content/de/DasBAZ/ZahlDaiFakt/Sprungstatistik_20KDV-ZDP-ZDL-Dauer,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Sprungstatistik%20KDV-ZDP-ZDL-Dauer 1.9.2005

Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in Deutschland 1961–2003



Jahr	Dienststellen	Plätze	Zivildienstleistende	Anträge auf Kriegsdienstverweigerung	Dauer des Dienstes in Monaten
1961	300	1.000	574	3.804	15
1971	3.978	7.956	6.149	27.657	18
1975	6.145	24.214	15.105	32.565	16
1980	11.190	47.099	31.872	54.193	20
1985	15.129	69.066	47.351	53.907	15
1990	22.439	120.735	89.051	74.309	15
1995	35.141	171.819	130.080	160.493	15
2000	39.885	190.222	119.445	172.000	15
2002	40.547	188.619	111.681	189.644	10
2003	40.452	159.067	103.948	170.726	10
2004	39.817	150.793	82.046	154.163	9 (seit 01.10.)

Dokumentation

Weltweiter Pressefreiheitsindex der "Reporter ohne Grenzen"

(167 Länder, Auswahl)

Land	Rang 2005	Note 2005	Rang 2004	Note 2004
Dänemark	1	0,50	1	0,50
Finnland	1	0,50	1	0,50
Island	1	0,50	1	0,50
Irland	1	0,50	1	0,50
Niederlande	1	0,50	1	0,50
Norwegen	1	0,50	1	0,50
Schweiz	1	0,50	1	0,50
Slowakei	8	0,75	1	0,50
Tschechien	9	1,00	19	3,50
Slowenien	9	1,00	15	2,25
Estland	11	1,50	11	2,00
Ungarn	12	2,00	28	6,00
Österreich	16	2,50	17	3,25
Lettland	16	2,50	10	1,00
Belgien	18	4,00	22	4,00
Deutschland	18	4,00	11	2,00
Kanada	21	4,50	18	3,33
Litauen	21	4,50	16	3,00
Großbritannien	24	5,17	28	6,00
Bosnien-Herzegovina	33	7,00	21	3,67
Italien	42	8,67	39	9,00
Mazedonien	43	8,75		
U.S.A.	44	9,50	22	4,00
Bulgarien	48	10,25	36	8,00
Zypern (Nord)	53	12,50	81	22,00
Mongolei	53	12,50	73	19,00
Polen	53	12,50	32	6,83
Kroatien	56	12,83	54	11,83
Serbien, Montenegro	65	14,83	77	20,13
Rumänien	70	16,17	70	17,83
Moldowa	74	17,50	78	20,50
Türkei	98	25,00	113	37,25
Georgien	99	25,17	94	27,50
Kosowo	100	25,75	-	-

(Fortsetzung nächste Seite)

Weltweiter Pressefreiheitsindex der "Reporter ohne Grenzen" (Fortsetzung) (167 Länder, Auswahl)

Land	Rang 2005	Note 2005	Rang 2004	Note 2004
Armenien	102	26,00	83	23,50
Kyrgyzstan	111	32,00	107	35,25
Ukraine	112	32,50	138	51,00
Malaysia	113	33,00	122	39,83
Kasachstan	119	36,17	131	44,17
U.S.A. (Irakisches Besatzungsgebiet)	137	48,50	108	36,00
Russland	138	48,67	140	51,38
Philippinen	139	50,00	111	36,63
Singapur	140	50,67	147	57,00
Aserbaidshan	141	51,00	136	49,67
Usbekistan	155	66,50	142	52,13
Nordkorea	167	109,00	167	107,50

Quelle: http://www.rsf.org/article.php3?id_article=8247; http://www.rsf.org/rubrique.php3?id_rubrique=554

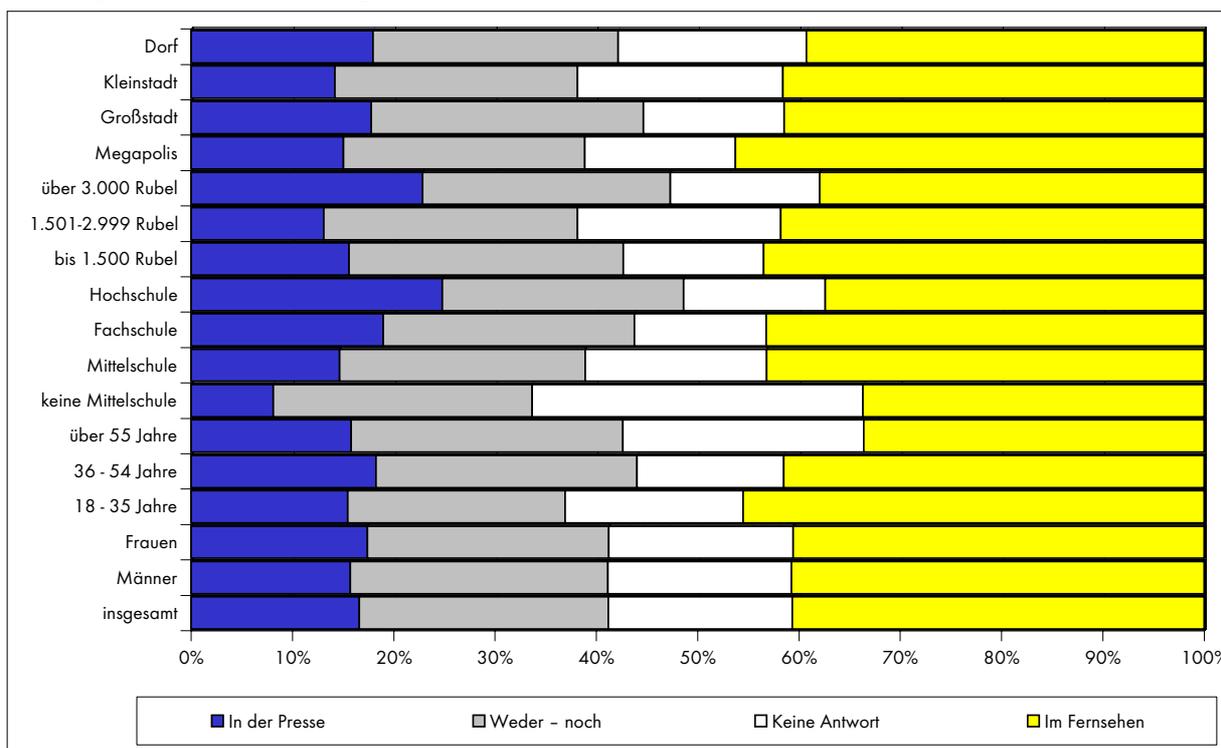
Umfrage

Zeitungen als Informationsquelle (FOM)

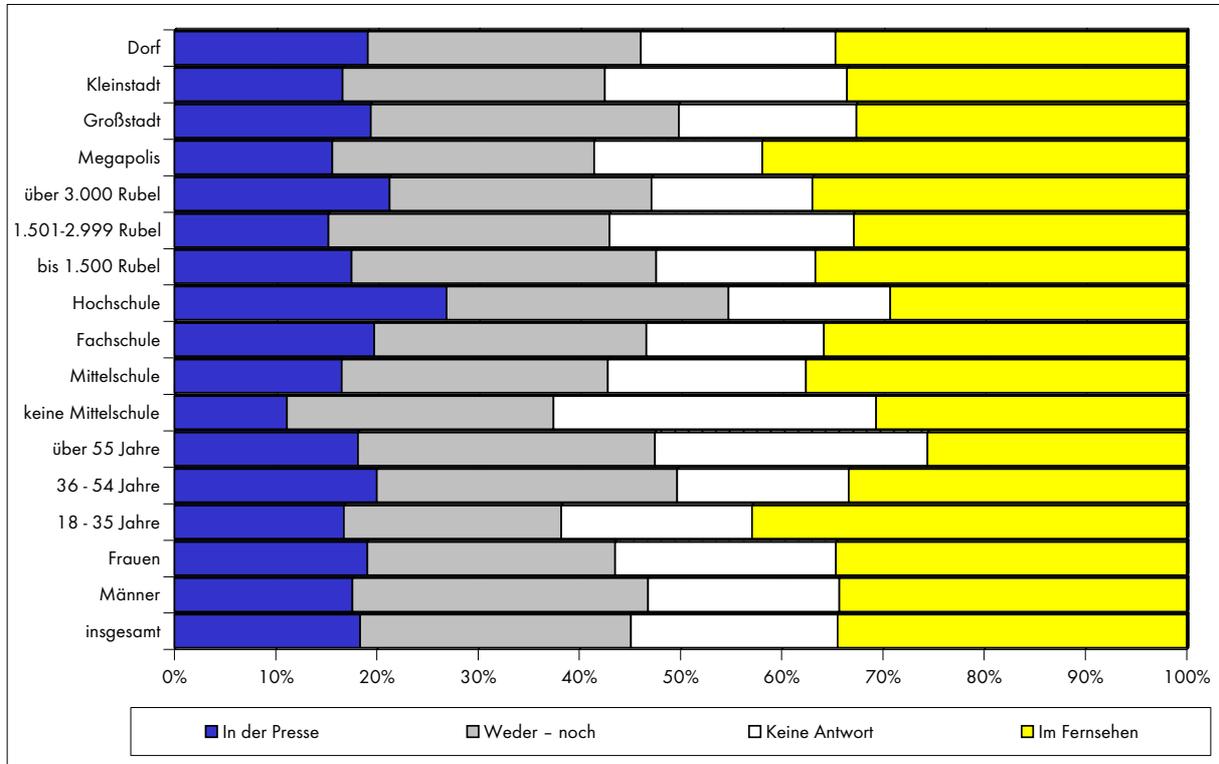
Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 15.–16. Oktober 2005

<http://bd.fom.ru/zip/tb0542.zip>

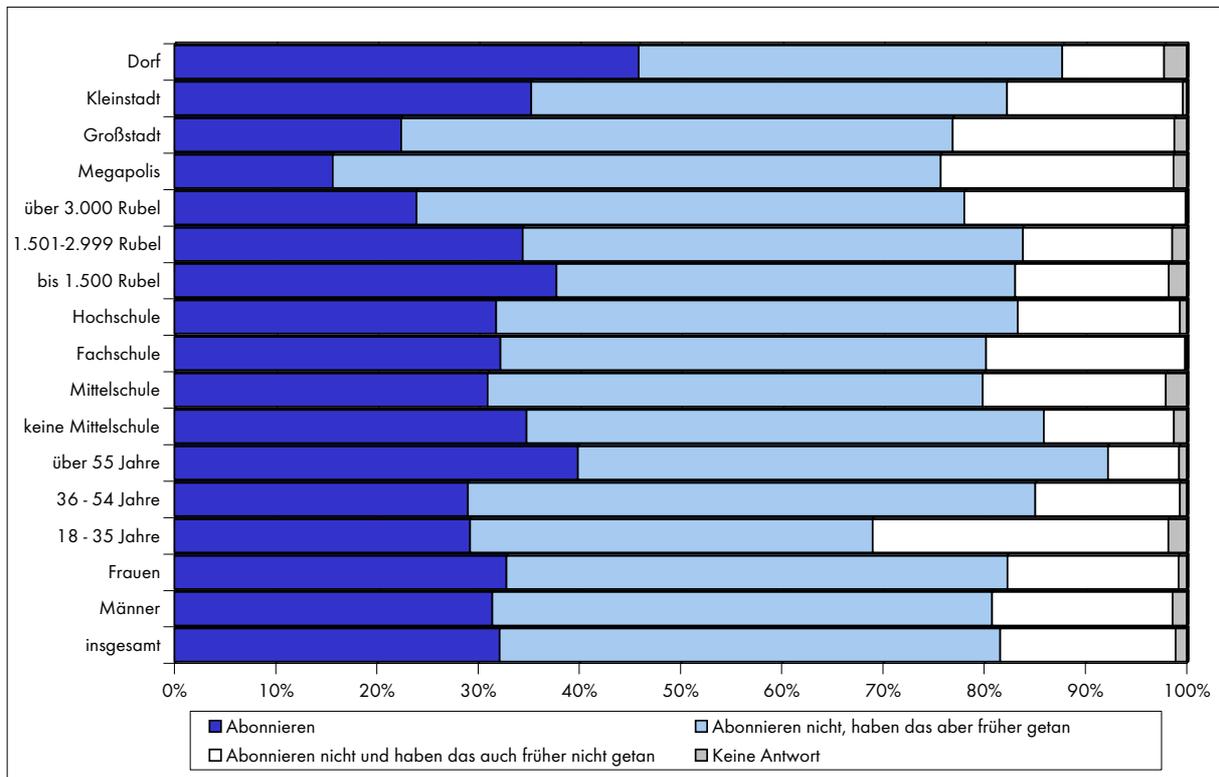
Wo zeigt man ein vollständigeres Bild unseres Landes – in der Presse oder im Fernsehen?



Und wo werden die Probleme unseres Landes objektiver widergespiegelt – in der Presse oder im Fernsehen?



Haben Sie ein Zeitungsabonnement? Wenn nicht, haben Sie das früher gehabt?



Zeitungen als Informationsquelle

	Russland insgesamt	Bildung					Wohnorttyp			
		keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf	
Welche der aufgeführten Zeitungen haben Sie im letzten Monat gelesen oder durchgesehen (Karte, beliebig viele Antworten. Zeitungen unter 2% in der Regel nicht aufgeführt)										
Argumenty i fakty	26,3%	6,2%	21,9%	34,9%	39,7%	23,0%	31,1%	26,3%	22,0%	
Komsomolskaja prawda	22,4%	5,7%	20,3%	26,9%	35,3%	28,4%	27,6%	19,6%	18,6%	
SPID-Info	9,7%	2,0%	13,9%	10,9%	6,2%	14,3%	7,0%	10,2%	8,8%	
Moskowskij komsomolez	9,0%	2,3%	6,0%	10,3%	19,6%	10,8%	5,8%	8,0%	4,0%	
Antenna	5,4%	2,4%	4,4%	7,8%	6,3%	2,0%	9,8%	3,3%	3,9%	
Iswestija	4,8%	0,6%	3,3%	5,8%	10,5%	3,6%	9,4%	2,5%	4,7%	
Sowerschenno sekretno	4,4%	0,3%	3,8%	5,0%	8,3%	4,7%	7,3%	3,7%	2,4%	
Trud (Trud-7)	3,2%	0,0%	3,4%	3,3%	5,7%	3,8%	1,9%	2,5%	4,8%	
Sowetskij sport	2,9%	1,3%	2,9%	3,7%	3,3%	4,9%	3,1%	2,5%	1,6%	
Schest sotok	2,3%	0,0%	2,1%	3,0%	3,8%	3,9%	1,8%	2,2%	1,4%	
Kommersant	2,2%	0,2%	1,2%	2,4%	5,9%	3,0%	3,4%	1,1%	0,6%	
Rossijskaja gasetta	2,1%	0,3%	0,3%	2,0%	8,0%	3,5%	4,8%	1,5%	0,4%	
Gudok	1,7%	0,0%	1,0%	3,0%	2,6%	1,9%	3,2%	1,8%	0,8%	
Sowetskaja Rossija	1,7%	1,2%	0,9%	3,2%	1,3%	2,0%	1,4%	1,5%	1,8%	
Sportivnye gasety	1,7%	0,1%	1,0%	2,4%	3,1%	3,3%	0,7%	1,1%	0,8%	
Ekonomika i shisn	1,6%	0,2%	1,3%	1,7%	3,7%	2,4%	0,8%	1,2%	2,3%	
Medzinskaja gasetta	1,6%	0,0%	1,3%	2,4%	2,3%	4,1%	1,8%	1,1%	1,0%	
Moskowskie nowosti	1,5%	0,6%	0,6%	1,5%	3,9%	1,0%	0,6%	1,5%	1,1%	
Literaturnaja gasetta	1,3%	0,0%	1,0%	1,3%	3,2%	2,3%	0,6%	1,1%	0,5%	
Wedomosti	1,2%	0,9%	0,6%	1,9%	1,7%	2,6%	1,3%	0,5%	1,1%	
Prawda	1,1%	0,0%	1,1%	1,1%	2,1%	0,5%	2,2%	1,0%	0,3%	
Nesawisimaja gasetta	1,0%	0,6%	0,3%	1,1%	2,7%	0,5%	0,2%	0,6%	1,2%	
Nowaja gasetta	0,9%	0,0%	0,1%	1,5%	2,3%	1,0%	1,4%	0,8%	0,4%	
Krasnaja swesda	0,6%	0,0%	0,6%	0,3%	1,9%	1,0%	1,2%	0,4%	0,4%	
Lokalzeitungen	30,6%	32,9%	33,0%	28,0%	28,0%	27,0%	33,7%	31,3%	35,6%	
Lese keine Zeitung	25,1%	41,0%	25,1%	21,2%	16,5%	25,0%	24,6%	24,2%	27,5%	
Andere	9,4%	9,9%	9,6%	11,1%	5,4%	10,2%	8,9%	8,9%	11,7%	
Keine Antwort	2,7%	6,1%	2,6%	1,7%	1,2%	0,7%	0,8%	4,0%	2,9%	

Zeitungslektüre in Russland und Moskau (Lewada-Zentrum)

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Juni 2005 <http://www.levada.ru./press/2005060700.html>

Welche der folgenden Zeitungen lesen Sie mehr oder weniger regelmäßig?

		Russland				Moskau			
		2000	2003	2004	2005	2000	2003	2004	2005
1.	Argumenty i fakty	21%	19%	18%	21%	23%	22%	25%	24%
2.	Komsomolskaja prawda	12%	16%	14%	18%	11%	9%	14%	16%
3.	Spid-Info	15%	14%	10%	11%	11%	14%	10%	7%
4.	Moskowskij komsomolez	11%	11%	9%	8%	40%	33%	33%	28%
5.	Shisn	-*/	5%	7%	7%	-	9%	15%	13%
6.	Trud	4%	4%	3%	4%	2%	2%	2%	1%
7.	Sowerschenno sekretno	9%	6%	3%	4%	8%	5%	3%	5%
8.	Sport-express	2%	3%	3%	4%	6%	6%	8%	10%
9.	Iswestija	3%	2%	2%	2%	4%	3%	4%	4%
10.	Rossijskaja gaseta	1%	2%	2%	2%	2%	3%	1%	2%
11.	”Megapolis-express”	-	2%	1%	1%	-	5%	4%	3%
12.	Sowetskaja Rossija	1%	1%	1%	1%	2%	3%	1%	2%
13.	Wedomosti	2%	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
14–16.	Prawda	1%	2%	1%	1%	2%	4%	2%	1%
14–16.	Nowaja gaseta	1%	1%	1%	1%	3%	1%	3%	1%
14–16.	“Kommersant-Daily”	1%	1%	<1%	1%	4%	1%	2%	2%
17.	“Moskowskie nowosti”	-	-	1%	1%	-	-	3%	4%
18-19.	“Nesawisimaja gaseta”	1%	<1%	1%	1%	5%	2%	2%	2%
18-19.	“Wremja MN”	<1%	<1%	1%	1%	1%	<1%	<1%	<1%
20.	Wremja nowostej	-	1%	1%	1%	-	1%	2%	1%
	Eine andere überregionale Zeitung	4%	7%	6%	7%	5%	6%	6%	5%
	Lokale politische Tageszeitung	14%	11%	11%	12%	3%	1%	1%	2%
	Lokale politische Wochenzeitung	20%	21%	26%	20%	7%	8%	9%	8%
	Andere Lokalzeitungen (Reklame, Unterhaltung)	19%	22%	24%	28%	8%	12%	12%	16%
	Lese nicht regelmäßig Zeitung	30%	26%	25%	26%	29%	29%	25%	24%

-*/’ – Angaben wurden nicht erhoben

Chronik

Vom 25. Oktober bis zum 3. November 2005

25.10.2005	Moody's Investors Service hat die Bonitätsnote für Anleihen des russischen Staates in Lokal- und Fremdwährungen auf „Baa2“ von „Baa3“ angehoben.
25.10.2005	Das russische Konsulat in Oslo räumt offiziell ein, dass zwei russische Fischtrawler norwegische Fischereibestimmungen verletzt haben, kritisiert die norwegischen Maßnahmen aber als unangemessen.
25.10.2005	In Samara demonstrieren 20.000 Personen gegen eine neue städtische Verfassung, nach der der Bürgermeister nicht direkt sondern vom Stadtparlament gewählt wird.
26.10.2005	Die Ministerpräsidenten der Shanghai Kooperations-Organisation (Russland, China, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan) treffen sich in Moskau und erörtern Fragen der Zusammenarbeit. Die Mongolei, Pakistan, Indien und der Iran sind durch hochrangige Repräsentanten vertreten.
26.10.2005	Offizieller Besuch von Erzbischof Giovanni Lajolo, des 'Außenministers' des Vatikan, Moskau. Erzbischof Lajolo folgt einer Einladung des russischen Außenministers Sergej Lawrow und führt Gespräche mit Politikern sowie mit Vertretern der orthodoxen Kirche.
26.10.2005	Außenminister Sergej Lawrow besucht Israel und führt Gespräche mit Präsident Moshe Katzav und dem israelischen Außenminister Silvan Shalom.
28.10.2005	Iwan Starikow, ein Mitglied der Partei "Union der Rechten Kräfte", der einer Kampagne zur Unterstützung Michail Chodorkowskij's vorstand, wird vor seinem Haus von zwei Unbekannten angegriffen und zusammengeschlagen.
30.10.2005	Präsident Putin fliegt nach Naltschik, um der Beisetzung von Walerij Kokow, dem früheren Präsidenten der Republik Kabardino-Balkarien beizuwohnen. Kokow war am Vortag an Krebs gestorben. Putin trifft im Verlauf seines Besuchs auch mit Kokows Nachfolger, Arsen Kanochow, zusammen.
31.10.2005	Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet eine Resolution, die Syrien verwarnt und dazu auffordert, die internationale Untersuchung der Ermordung des libanesischen Präsidenten Rafiq Hariri zu unterstützen. Der Einspruch Russlands hatte schärfere Formulierungen verhindert. Außenminister Sergej Lawrow lobt die Resolution als Kompromiss.
31.10.2005	Das Parlament der Region Stawropol wählt den amtierenden Gouverneur, Alexander Tschernogorow, auf Vorschlag Putins für eine dritte Amtszeit.
1.11.2005	Die Weltbank legt ihren Wirtschaftsreport für Russland vor. Er warnt u.a. vor der Gefahr einer „Dutch Disease“.
1.–2.11.2005	Staatsbesuch Präsident Putins in den Niederlanden. Putin wird von der Königin empfangen und führt Gespräche mit Jan Peter Balkenende, dem niederländischen Ministerpräsident, und Wirtschaftsvertretern. Putin besucht ferner den Internationalen Gerichtshof der UN.
2.11.2005	In Dagestan wird im Rahmen einer Spezialoperation der "Emir von Chasavjurt", ein örtlicher Guerillaführer, durch Sicherheitskräfte getötet.
3.11.2005	Der russische UN-Botschafter Andrej Denisow, erklärt, Russland werde den Beschuldigungen der von Paul A. Volcker geleiteten Untersuchungskommission nachgehen. Der Volcker-Bericht stellt fest, dass sich zahlreiche russische Politiker und Beamte im Rahmen des Programms „Öl für Lebensmittel“ illegal bereichert haben.
3.11.2005	Präsident Putin legt per Erlass den Personaletat des Innenministeriums fest. Dieser umfasst danach 661.275 Angehörige der Sicherheitsorgane und 159.993 zivile Angestellte.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de